

|                                      |               |  |
|--------------------------------------|---------------|--|
| <b>Beschlussvorlage</b>              | Vorlage-Nr.:  | <b>/2020/126</b>   |
|                                      | Status:       | öffentlich   |
|                                      | AZ:           |  |
|                                      | Datum:        | 20.08.2020   |
|                                      | Federführend: | Fachbereich III - Familie,<br>Bildung, Soziales und<br>Integration |
| Beratungsfolge:                      |               |  |
| Gremium                              | Datum         |  |
| Sozialausschuss                      | 01.12.2020    |  |
| Hauptausschuss                       | 08.12.2020    |  |
| Stadtvertretung der Stadt Glückstadt | 15.12.2020    |  |

|                |
|----------------|
| <b>Betreff</b> |
|----------------|

**Zusätzliche Aufnahme von Geflüchteten  
Antrag der SPD-Fraktion**

|                           |
|---------------------------|
| <b>Beschlussvorschlag</b> |
|---------------------------|

Nach Diskussionsverlauf

## Sach- und Problemdarstellung:

Siehe Anlage

### Hinweis der Verwaltung:

Die zivilgesellschaftliche parteiunabhängige Initiative Seebrücke protestiert bereits seit längerer Zeit gegen das Sterben Unschuldiger im Mittelmeer und die Kriminalisierung von Seenotrettern. Nähere Informationen zum „Bündnis Städte Sicherer Hafen“ finden sich auf der Homepage: <https://seebruecke.org/sichere-haefen/buendnis-staedte-sichere-haefen/>

Die SEEBRÜCKE setzt sich dafür ein, dass Menschen auf der Flucht einen Ort zum Ankommen finden - einen Sicheren Hafen. Die Forderungen, die aus Sicht der SEEBRÜCKE zu einem Sicheren Hafen gehören, können der Anlage 2 zur Drucksache entnommen werden. Zu klären wäre, welchen Forderungen sich die Stadt Glückstadt verpflichtet fühlt.

Ein Musterantrag "Kommune x wird Sicherer Hafen" ist der Drucksache als Anlage 3 beigelegt. Der Antrag ist modular gestaltet, so dass Anpassungen an die Situation in der jeweiligen Kommune leicht vorgenommen werden können.

Viele Kommunen in Schleswig-Holstein haben sich bereits dem Bündnis angeschlossen, um Menschen in Not aufzunehmen, dies sind insbesondere: Elmshorn, Flensburg, Husum, Kiel, Kreis Nordfriesland, Plön, Kreis Plön, Kreis Schleswig-Flensburg, Wedel, Fleckeby, Geesthacht, Lübeck, Rendsburg, Sylt, Itzehoe, Schleswig, Kellinghusen.

Recherchiert wurden die Beschlüsse der Städte Kellinghusen, Itzehoe und Schleswig. Die Beschlüsse sind ähnlich, es sind Willens-/Solidaritätsbekundungen, über den Königsteiner Schlüssel hinaus Geflüchtete aufzunehmen, Kellinghusen nennt eine konkrete Zahl.

### Kellinghusen

- Die Stadt Kellinghusen erklärt sich solidarisch mit Menschen auf der Flucht. Sie unterstützt die Initiativen der Landesregierung zur Aufnahme von geflüchteten Menschen sowie der kirchlichen und privaten Initiativen zur Rettung von geflüchteten Menschen aus Seenot.
- Es muss gemeinsame Politik auf allen Ebenen in Europa sein, für sichere Fluchtwege und rechtsstaatlichen Zugang zu Asylverfahren zu sorgen. Die Menschenrechte dürfen nicht an den EU-Außengrenzen enden.
- Auch die Stadt Kellinghusen ist bereit, zusätzlich zur Verteilungsquote („Königsteiner Schlüssel“) fünf geflüchtete Menschen aufzunehmen. Die Verwaltung wird beauftragt, diese Zusage der Landes- und Bundesregierung zu übermitteln und die Aufnahme und Betreuung dieser geflüchteten Menschen vorzubereiten.

### Itzehoe

- Die Ratsversammlung beauftragt die Verwaltung, eine Zusage zur zusätzlichen Aufnahme von Asylbewerber/innen der Landes- und Bundesregierung zu übermitteln und die Aufnahme und Betreuung vorzubereiten.

### Anmerkung der Verwaltung

Zunächst wurde die Anzahl der aufzunehmenden Personen mit 10 beziffert. Da die Personen jedoch menschlich und vernünftig untergebracht werden sollen, wurde die Anzahl aus dem Beschlussvorschlag herausgenommen. Es sei nicht hilfreich zu viele Personen aufzunehmen und diesen, wie nach der großen Flüchtlingswelle, am Ende nicht gerecht werden zu können.

### Schleswig

- Die Stadt Schleswig bekennt sich zu ihrer Verantwortung, Menschen zu helfen, die vor Krieg, Folter, Verfolgung oder anderen Notlagen wie Umweltkatastrophen fliehen.

- Schleswig hat mit der Unterstützung zahlreicher hauptamtlich und ehrenamtlich wirkender Bürgerinnen und Bürger in den vergangenen Jahren den Geflüchteten Obdach und Hilfe gewährt und wird das auch zukünftig tun.
- Die Stadt Schleswig ist bereit, Geflüchtete im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten aufzunehmen. Das gilt insbesondere auch für in Seenot geratene Menschen.
- Schleswig setzt ein klares Zeichen der Menschlichkeit und Offenheit dieser Stadt und seiner Menschen und erklärt sich zu einem „sicheren Hafen“.

#### Möglichkeiten der Aufnahme vor Ort

Mit Stand April 2020 lagen wir noch mit plus 5 Personen über der Aufnahmequote, so dass wir nur im Notfall bzw. bei familiärer Bindung nach Glückstadt aufgenommen haben. Im Vergleich zum letzten Jahr haben sich die Zuweisungszahlen an den Kreis erhöht, aktuell bisher 161 Personen. Nach diesem Stand (Oktober 2020) liegt die Aufnahmequote für Glückstadt bei 14 Personen. Zugewiesen wurden bisher 6 Personen, so dass wir noch weitere 2 Personen (8 ./ 6 über Quote aus dem Vorjahr) aufnehmen müssten. Weiterhin ist auch mit Familiennachzügen zu rechnen, die unterzubringen sind.

Von der Zusage der Bundesregierung, 1500 Menschen aus Moria aufzunehmen, werden Schleswig-Holstein 57 Personen zugewiesen. Bei einer Aufnahmequote des Kreises von rd. 5 % könnten rd. 3 Personen in den Kreis Steinburg kommen. Die Verteilung innerhalb des Kreises bleibt abzuwarten.

Zurzeit haben wir einen Einzelcontainer und 2 Wohnungen (2,5 bzw. 3 Zimmer) frei. Wir vermuten, dass in dieser Größe auch weitere Wohnungen angemietet werden könnten. Wie bereits bei der Unterbringung von Familiennachzügen festgestellt, zeigt sich die Unterbringung von Großfamilien jedoch problematisch.

#### **Finanzielle Auswirkungen:**

Nicht kalkulierbar.

|                           |
|---------------------------|
| <b>Anlagenverzeichnis</b> |
|---------------------------|

1. Antrag der SPD-Fraktion
2. SEEBRÜCKE - Forderungen zu einem Sicheren Hafen (Stand: Oktober 2019)
3. Musterantrag "Kommune X wird Sicherer Hafen"